

der durch Ausstellungen von sich reden macht. Der Landrat hat persönlich aufgrund seiner Möglichkeiten durch zahlreiche Ankäufe alte und moderne Kunst gefördert. Man darf durchaus von einem Mäzenatentum sprechen.

Als 1998 mit dem Tod von Dr. Gerhard Hanke das Schicksal der Heimatzeitschrift »Amperland« auf dem Spiele stand, hat er die Initiative ergriffen. Die Fortführung und Finanzierung auch in schwierigen Zeiten konnten im Zusammenwirken mit allen Trägern in den Nachbarlandkreisen Fürstfeldbruck und Freising gesichert werden.

Durch die Förderung der Jugendarbeit im Sport und bei den Schützen wird die Arbeit der Vereine vor Ort gestärkt. 1980 entstand zum Beispiel die Jugendfreizeitanlage des Kreisjugendrings in Ainhofen. Ebenso tragen das Erholungsgelände am Karlsfelder See und an den Langwieder Seen zur Qualität der Freizeit im Landkreis bei.

### *Würdigung*

Einen im politischen Leben Stehenden zu würdigen, ist immer schwer. Sicherlich sind viele Ideen und Projekte durch gesetzliche Vorgaben und aus der Verwaltung heraus entstanden, aber eben nur viele und nicht alle. Die Schwerpunktsetzung ist

immer noch die Aufgabe des Landrates selbst. Es stellt sich die Frage, warum Landrat Christmann unbestritten so erfolgreich gewesen ist und warum er anscheinend so lange Freude an seinem Amt gehabt hat? Das Amt war nicht nur Beruf, sondern auch Berufung. Wichtig war dabei wohl, dass er nie mit der »Brechtstange« gearbeitet hat. Er konnte auch gar nicht. Eine echte Mehrheit im Kreistag hatte er nur bis 1990. Es ist ihm immer wieder gelungen, einen weitgehenden Konsens im Kreistag herzustellen. Seine Arbeit wird deshalb geachtet und seine Leistungen sind anerkannt. In seinen Zielen ging er weit über die Erfüllung seiner amtlichen Pflichten hinaus. Er sah seine Pflicht nicht nur in der Führung einer staatlichen Behörde oder in der guten Verwaltung der bestehenden Einrichtungen, er wollte den Landkreis voranbringen und das ist ihm auch gelungen. 1991 erhielt er das Bundesverdienstkreuz am Bande, 1997 die Landkreisverdienstmedaille in Gold, 2002 den Bayerischen Verdienstorden, 2007 die Kommunale Verdienstmedaille in Gold und 2010 die Bayerische Verfassungsmedaille in Gold verliehen.

Anschrift des Verfassers:

Blasius Thätter, Dachauer Straße 12, 85253 Großberghofen

## *Heinrich Kneuer (1887–1959)*

Erster Nachkriegslandrat von Dachau und Regierungspräsident von Oberbayern<sup>1</sup>

*Von Karl-Ulrich Gelberg*

Ein Strukturelement der Personalpolitik der inneren Verwaltung des Königreichs und Freistaates Bayern war das Rotationsprinzip bei der Verwendung der Beamten des höheren Dienstes zwischen Außenposten und Zentrale.<sup>2</sup> Diese Praxis diente primär der Staatsintegration über die Beamtenschaft. Hinzu kam, die Beamten nach Möglichkeit nicht dort zu verwenden, wo sie geboren und aufgewachsen waren, um auf diese Weise Korruption zu vermeiden. Auch die Karriere Heinrich Kneuers folgt diesem weit verbreiteten Muster.

### *Herkunft*

Heinrich Kneuer wurde am 12. Juli 1887 als Sohn des Amtsgerichtsrats Valentin Kneuer aus Ellingen und seiner Frau Maria, geb. Mayer, im niederbayerischen Abensberg geboren. Von 1893 bis 1897 besuchte er die Volksschule in Wörth an der Donau und in Ellingen. Daran schlossen sich der Besuch des Progymnasiums in Weißenburg in den Jahren 1897 bis 1903 und der Besuch des Humanistischen neuen Gymnasiums in Nürnberg von 1903 bis 1906 an, wo der katholische Kneuer Abitur machte. Anschließend trat er in die Fußstapfen seines Vaters und studierte in München und Würzburg Jura. Am 15. Oktober 1910 legte er das erste juristische Staatsexamen ab. Nach dem Referendariat absolvierte er am 22. April 1914 die große juristische Staatsprüfung mit dem Prädikat »gut«. 1919 promovierte Heinrich Kneuer an der Julius-Maximilians-Universität in Würzburg mit der Arbeit »Die allgemeinen Grundlagen der Beweislast des Zivilprozesses und die Folgerungen hieraus für die Beweislast für Bedingungen bei Rechtsgeschäften«<sup>3</sup> zum Dr. jur. Parallel zur Arbeit an der Promotion hatte er während des Ersten Weltkrieges als Rechtsanwalt am Amtsgericht im mittelfränkischen Pappenheim gearbeitet. 1918 wurde er noch eingezogen, und zwar für zwei Monate als Hilfsarbeiter eines Kriegsgerichtsrats beim Gericht der stellvertretenden XI. Infanteriebrigade.

### *Eintritt in die Staatsverwaltung*

Nach dem Ersten Weltkrieg und dem Ende der Monarchie trat Kneuer 1919 in die innere Verwaltung des Freistaates Bayern ein. Parallel wurde er Mitglied der neu gegründeten Bayerischen Volkspartei (BVP). Als Assessor am Bezirksamt Tirschenreuth soll er während der Revolutionswirren unter anderem eine Bürgerwehr aufgestellt haben, um die Spartakisten nicht in den Bezirk zu lassen.

### *Dachau 1921 bis 1930*

Von 1921 bis 1930 war er Nebenbeamter am Bezirksamt Dachau, seit 1928 mit Titel und Rang eines Regierungsrats I. Klasse. Schwerpunkt seiner Arbeit war unter anderem die Glonnregulierung,<sup>4</sup> insbesondere deren Finanzierung. In jenen Jahren profilierte sich Kneuer auch als Verfasser von zwei Teilen eines Handbuchs des bayerischen Verwaltungsrechts, was ihn unter normalen Umständen vermutlich für eine Ministeriallaufbahn qualifiziert hätte.<sup>5</sup> 1930 wechselte er an das Bayerische Statistische Landesamt in München. Dort verfasste der nunmehrige Regierungsrat I. Klasse eine ganze Reihe umfangreicher statistischer Abhandlungen, unter anderem zu den Reichstagswahlen von 1930 und vom 31. Juli sowie 6. November 1932 in Bayern.<sup>6</sup> Nach der Ernennung des Präsidenten dieses Amtes zum Landeswahlleiter erledigte Kneuer selbständig dessen aus dieser Funktion erwachsende Aufgaben.

### *Bezirksoberratmann in Bad Aibling*

Am 1. September 1934 wurde Kneuer zum Bezirksoberratmann befördert und auf Initiative von Staatsrat Ottmar Kollmann, der selbst dort einst Bezirksamtsvorstand gewesen war, an die Spitze des Landkreises Bad Aibling berufen, um den bankrotten Landkreis zu sanieren. Dies gelang ihm innerhalb von vier Jahren. Während seiner Amtszeit in Bad Aibling kam es zu scharfen Zusammenstößen mit der NSDAP sowie deut-

scher und österreichischer SA, zumal Kneuer als Katholik auch weiterhin die Kirche besuchte und als Bezirksoberramtmann an der Fronleichnamsprozession teilnahm, bis dies Beamten von der Partei verboten wurde.

#### *Konflikte mit den Nationalsozialisten*

Nachdem die NSDAP 1933 weitgehend darauf verzichtet hatte, die Schlüsselstellungen der inneren Verwaltung auf der Landkreisebene mit eigenen Leuten zu besetzen, kam es in Bayern 1937/1938 zu einem größeren Revirement unter den Amtsvorständen der Bezirksämter. Zum 1. März 1938 mussten acht Bezirksoberramtmänner auf Grundlage der Ministerialentschließung vom 21. Februar 1938 ihren Posten räumen. Sie wurden an verschiedene Regierungen versetzt und im Rang zurückgestuft, wo sie künftig in nachgeordneter Stellung als Regierungsräte I. Klasse in unterschiedlichen Fachabteilungen verwendet wurden. Mit Heinrich Kneuer (Bad Aibling) und seinem Vorgänger Richard Balles (Lohr) gehörten zwei spätere oberbayerische Regierungspräsidenten zu dieser Gruppe. Kneuer bezeichnete diese Versetzungen in seinem Spruchkammerverfahren 1946 als »ausgesprochene Säuberungsaktion«.

#### *Augsburg und München*

Heinrich Kneuer kam an die Regierung von Schwaben und Neuburg nach Augsburg. Die von ihm angestrebte Pensionierung als Bezirksoberramtmann wurde abgelehnt. Kneuer war 1938 51 Jahre alt. Vom Kriegsausbruch bis zum Kriegsende war er anschließend weiterhin als Regierungsrat I. Klasse sechseinhalb Jahre lang zur Geschäftsaushilfe an das Staatsministerium für Wirtschaft abgeordnet, insbesondere zum Aufbau der Abt. B des Landesernährungsamtes. Die Zurückstufung hatte auch finanzielle Nachteile für ihn, zumal er offenbar durch die permanente Ahordnung zur Geschäftsaushilfe auch keine Ministerialzulage erhielt. Im Oktober 1940 zog er von Augsburg nach München um (Leopoldstraße 36). In einer schriftlichen Stellungnahme vom März 1948 hieß es wörtlich zu seiner Amtszeit im Wirtschaftsministerium: »Dauernde Ablehnung jeder Beförderung trotz nachdrücklicher Beantragung durch die Regierung Augsburg, den Abteilungsleiter Min.Rat Sommer im Wirtsch.Ministerium, Min.Direktor Dr. Schlumprecht als Leiter des Wirtsch.Ministeriums und später als Leiter des Innenministeriums und Min.Direktor Dr. Siebert als Leiter des Wirtsch.Ministeriums. Letzterer schaltete sogar den bayer. Bevollmächtigten in Berlin zur persönlichen Vertretung im Reichsinnenministerium ein, wie ich erfuhr, aber ohne Erfolg. Die Partei-Kanzlei und das Reichsministerium des Innern lehnten mich politisch völlig ab. Dabei habe ich keinen der genannten Herren gebeten, sich für meine Beförderung zu verwenden, sie taten es vielmehr ex officio rein aus fachlichen Gründen.«<sup>7</sup> Nach der Verlegung des Reichs ernährungsministeriums nach Bayern beim Vorrücken der Alliierten wurde er diesem zusätzlich als Sachbearbeiter für Karten- und Bezugscheinwesen zugeteilt.

#### *Landrat in Dachau 1945/1946*

Unmittelbar nach Kriegsende, am 8. Mai 1945, setzte die amerikanische Militärregierung, vertreten durch Captain Malcolm Vendig, Heinrich Kneuer, der seit 1944 wieder in Dachau wohnte, dort zum Landrat ein. Er bezeichnete die dortigen Verhältnisse als äußerst schwierig, vor allem in sicherheitspolizeilicher Hinsicht, da es nach der Befreiung des Konzentrationslagers Dachau Tag und Nacht zu Plünderungen durch ehemalige KZ-Häftlinge kam.

Am 6. Juni 1946 wählte ihn der Kreistag mit 34 Stimmen (CSU

und WAV) zum Landrat, was die Militärregierung zunächst am 26. Juli auch bestätigte. Am 7. Oktober 1946 widerrief sie allerdings diese Bestätigung und enthob Kneuer seines Amtes. Zur Begründung hieß es: Da er von 1934 bis 1938 Bezirksoberramtmann, also Landrat,<sup>8</sup> in Bad Aibling gewesen sei, gelte er nach den Bestimmungen der Anlage 1 des Gesetzes zur Befreiung von Nationalsozialismus und Militarismus vom 5. März 1946,<sup>9</sup> des sogenannten Entnazifizierungsgesetzes, bis zur Durchführung des Spruchkammerverfahrens als Belasteter.

#### *Spruchkammerverfahren*

Nur einen Monat später, am 9. November 1946, und damit sehr zügig, wurde er durch Bescheid der Spruchkammer Dachau in die Gruppe der Entlasteten eingereiht. Das im Staatsarchiv München dokumentierte Spruchkammerverfahren<sup>10</sup> lässt erkennen, wie verärgert Kneuer angesichts der gegen ihn erhobenen Anschuldigungen war, nachdem er, so seine eigene Einschätzung, »insbesondere unter der demütigenden Degradierung in den 7½ Jahren [seit März 1938] und der bis zum Schluss dauernden Unterdrückung und Verfolgung wegen politischer Unzuverlässigkeit durch die Partei seelisch derart gelitten« hatte. Ebenfalls wird deutlich, wie akribisch er seine Verteidigung organisierte. Der Bad Aiblinger Pfarrer Jakob Albrecht bescheinigte ihm im Verfahren, dass ihm der Ruf eines »schwarzen Beamten« voranging. Ottmar Kollmann versicherte in einer eidesstattlichen Erklärung, dass Kneuer aus rein fachlichen Gründen auf den Posten in Bad Aibling berufen worden war. Bei allen kritischen Vorbehalten gegenüber Spruchkammerakten, die infolge der Umkehrung der Beweislast in diesen Verfahren in der Regel überwiegend Entlastungsmaterial enthalten, muss ihm für seinen persönlichen Einsatz gegen verschiedene Naziführer im Landkreis Bad Aibling Mut attestiert werden: so etwa gegenüber dem von Gauleiter Adolf Wagner besonders geschätzten Ortsgruppenleiter der NSDAP in Kolbermoor Georg Frasch<sup>11</sup> und auch während seiner späteren Tätigkeit im Wirtschaftsministerium. So meldete er unter anderem nach seiner Abordnung an das Wirtschaftsressort seinem Vorgesetzten, Ministerialdirektor Dr. Fritz Siebert, dem Sohn von Ministerpräsident Ludwig Siebert, dass die Lagerführung des KZ Dachau unter anderem für 18000 Gefangene Krankenzulagen bekomme, die die SS jedoch offenbar für sich selbst verbräuche. Ferner lehnte er es gegenüber seinem Vorgesetzten ab, Nero-Befehle Hitlers auszuführen, die unter anderem darauf zielten, vor dem Einmarsch der Amerikaner Lebensmittellager und -betriebe zu zerstören. Dies war als Hochverrat mit der Todesstrafe bedroht.

Nachdem die Militärregierung am 27. Februar 1947 den Spruch der Spruchkammer Dachau bestätigt hatte, inzwischen jedoch auch die Stelle des Landrats von Dachau durch Neuwahl mit dem späteren Kultusminister Josef Schwalber (CSU) wieder besetzt worden war, galt Kneuer als einer der damals raren unbelasteten qualifizierten Volljuristen, deren Spruchkammerverfahren bereits abgeschlossen war. Infolgedessen bemühten sich das Wirtschafts- und das Innenministerium um ihn. Am 1. Oktober 1947 trat er als Ministerialrat in das Innenressort unter Staatsminister Josef Seifried (SPD) ein.

#### *Ministerialrat*

Finanzminister Hans Kraus stimmte dem, insbesondere seiner Beförderung, in einer Note vom 6. August 1947 zu: »Dr. Kneuer war in seiner letzten Verwendung im Staatsdienst Regierungsrat I. Klasse. Die vorgeschlagene Beförderung zum Ministerialrat bedeutet demnach einen ganz ungewöhnlichen Sprung. Da sich jedoch aus den vorhandenen Akten eindeu-

tig ergibt, daß Dr. Kneuer während des nationalsozialistischen Regimes in seinem Vorwärtskommen schwer benachteiligt worden ist und bei normalem Ablauf der Dinge den Oberregierungsrat mit Bestimmtheit erreicht hätte, erkläre ich mich damit einverstanden, daß er in das B. Staatsministerium des Innern als Ministerialrat einberufen wird.«<sup>12</sup>

#### *Verfassungskonvent*

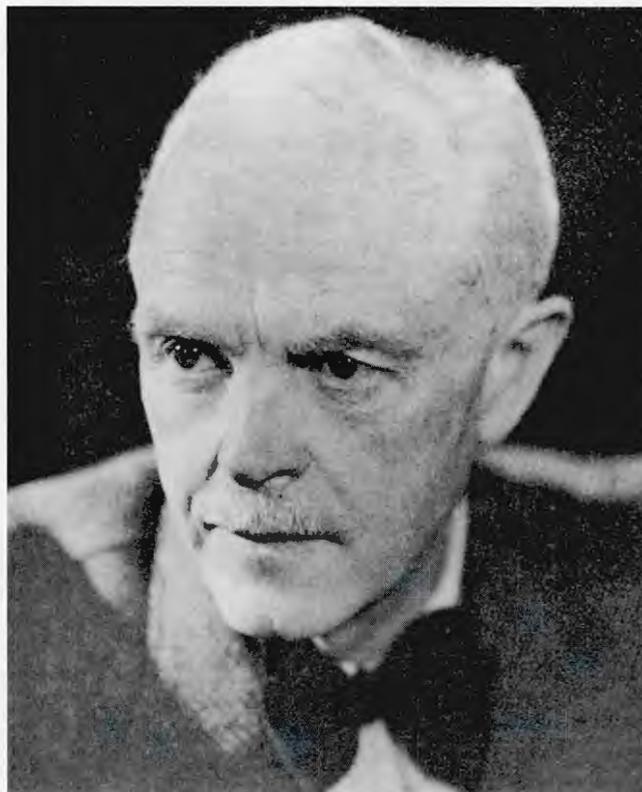
Ein Höhepunkt seiner Tätigkeit im Innenressort war für ihn vermutlich die Teilnahme als Sachverständiger im Rahmen der Ausschussarbeit beim Verfassungskonvent in Herrenchiemsee. Dort wurde im »Alten Schloss« beziehungsweise im ehemaligen Chorherrenstift im August 1948 von einer Expertenrunde ein Verfassungsentwurf als Vorlage für den Parlamentarischen Rat in Bonn erarbeitet. Unter anderem mit seinem früheren Förderer Staatsrat Ottmar Kollmann zeichnete Kneuer auch für Konventsvorlagen verantwortlich.<sup>13</sup>

#### *Verwaltungsgericht*

Nachdem er sich im Innenministerium bewährt hatte, beabsichtigte Innenminister Josef Anker Müller 1949, ihn zum Präsidenten des Verwaltungsgerichts München zu ernennen. In der Stellungnahme des Senatspräsidenten am Bayerischen Verwaltungsgerichtshof, Hans Martini, vom 8. Juni 1949 hieß es dazu wörtlich: »Ministerialrat Dr. Kneuer ist weiten Kreisen der Juristenwelt und insbes. der bayer. Verwaltungsbeamenschaft durch sein Handbuch des Bayer. Verwaltungsrechts bekannt geworden. Er hat sich durch sein Buch, das allgemeine Anerkennung gefunden hat und auch in der maßgeblichen Literatur (s. Verwaltungsrecht von Walter Jellinek) genannt wird, den Ruf eines gründlichen Kenners des Bayerischen Verwaltungsrechts erworben. Es dürfte keinem Zweifel unterliegen, daß Dr. Kneuer durchaus die wissenschaftliche Qualifikation für die in Aussicht genommene Stellung zukommt. Er ist überdies durch seinen derzeitigen Aufgabenkreis mit den heutigen Problemen der Verwaltungsgerichtsbarkeit und den Bedürfnissen der Verwaltungsgerichte und durch seine frühere Tätigkeit mit den Bedürfnissen der Verwaltung bestens vertraut. Da er außerdem seinen dienstlichen Erfahrungen und seiner Persönlichkeit nach zur Führung einer Behörde von der Bedeutung und dem Aufgabenbereich, wie es das größte der bayerischen Verwaltungsgerichte ist, wohl geeignet erscheint, wäre seine Ernennung zum Präsidenten des Verwaltungsgerichts München nur zu begrüßen.«<sup>14</sup> Damit setzte Kneuer, nach der Unterbrechung in der NS-Zeit, den traditionellen Karriereweg eines erfolgreichen höheren Beamten der inneren Staatsverwaltung fort, wozu nicht selten auch der Wechsel von der inneren Verwaltung zur Verwaltungsgerichtsbarkeit gehörte. Am 28. Juni 1949 stimmte schließlich der Ministerrat dem Vorschlag des Innenministeriums zu.<sup>15</sup> Ministerpräsident Ehard ernannte ihn am 29. Juni 1949. Im August 1949 folgte ergänzend die Ernennung auf die Dauer von drei Jahren zum Vorsitzenden der Dienststrafkammer in München.

#### *Regierungspräsident von Oberbayern*

Keine zwei Jahre später beschloss der Ministerrat schließlich am 13. Februar 1951<sup>16</sup> ohne Aussprache die vom Innenministerium, an dessen Spitze damals Minister Wilhelm Hoegner (SPD) stand, vorgeschlagene Ernennung des Verwaltungsgerichtspräsidenten Kneuer zum Regierungspräsidenten von Oberbayern. Hoegner führte ihn am 28. Februar 1951 auch feierlich in sein Amt ein. Der Münchner Oberbürgermeister Thomas Wimmer und der Freisinger Landrat Philipp Held, der spätere bayerische Justizminister, sprachen Grußworte.



Heinrich Kneuer (1887-1959)

Foto: LRA Dachau

#### *Aufgaben und Probleme*

Im Unterschied zu seinen Vorgängern spielten die räumlichen und personellen Verhältnisse bei der Regierung in den monatlichen Berichten Kneuers<sup>17</sup> keine herausragende Rolle mehr. Offenbar herrschte in der Regierung 1951 wieder relative Normalität. Insgesamt war seine Amtszeit am Anfang der fünfziger Jahre eine Zeit des Übergangs von den dramatischen und ungeordneten Nachkriegsjahren zu stabileren Verhältnissen. So fielen am 1. April 1951 die letzten Einschränkungen in der Stromversorgung in Oberbayern, auch die Versorgung der Bevölkerung mit Nahrungsmitteln war wieder ausreichend. Allerdings blieb die Kohleversorgung prekär. In den Flüchtlingslagern des Regierungsbezirks lebten auch im Mai 1951 noch fast 18 000 Heimatvertriebene.

Wie üblich präsidierte Kneuer den regelmäßigen Dienstbesprechungen mit den Landräten und Bürgermeistern des Bezirks. Im März 1951 sprach nach ihm Staatssekretär Theodor Oberländer über Flüchtlingsfragen, in weiteren Referaten standen die Verkehrssicherheit, sittliche Verfehlungen der Jugend, die Modernisierung der Registraturen und die Ausbildung des Beamten Nachwuchses im Mittelpunkt.

Die Jugendfürsorge bildete insgesamt einen Schwerpunkt in jener Zeit. Gegenmaßnahmen gegen die zunehmende Verwahrlosung der Jugend waren unter anderem Jugendschutzwochen, durch die man, so Kneuer, erreiche, dass »die Eltern jetzt im allgemeinen für Erziehungsfragen aufgeschlossener sind«. Seine Berichte zeigen auch deutlich, dass die »Fünfziger« ganz im Zeichen des Wiederaufbaus standen: So waren im März 1951 beim staatlichen Hochbau im Regierungsbezirk an 214 Baustellen über 3000 Arbeitskräfte im Einsatz, ein weiterer Schwerpunkt war der Brückenbau. Besonderes Augenmerk widmete Kneuer in seinen Berichten ebenso dem Wasserbau, ein Thema, dem schon im Dachauer Landratsamt bei der Glonnregulierung sein Engagement gegolten hatte. Jetzt stand insbesondere die Loischregulierung auf der Strecke

Kochelsee–Wolfratshausen auf der Agenda. Als die Landkreise Schrobenhausen, Erding und Freising im Sommer 1951 ein plötzliches Hochwasser erlebten, begab sich Kneuer persönlich in das Überschwemmungsgebiet.

Wohl das gravierendste Problem seiner kurzen Amtsperiode war die Finanznot von Gemeinden und Landkreisen. Sie blieb bis zur kommunalen Finanzreform durch den Eberhard-Plan ab 1963 ein »Dauerthema«, unter anderem durch die gestiegenen Fürsorgelasten. Dem standen als dringende Aufgaben vor Ort die schlechten Straßenverhältnisse, die Schulraumnöte sowie die Probleme bei der Wasserversorgung und der Abwasserbeseitigung gegenüber. Kneuer nahm sich des Themas in seinen Berichten zur Finanzlage der Gemeinden und Gemeindeverbände besonders an.<sup>18</sup> Die Arbeitslosigkeit, die nach der Währungsreform (1948) hochgeschwungen war, sank, wenn auch nicht so schnell wie erhofft. Schwierigkeiten machte die berufliche Eingliederung der Kriegsheimkehrer, die zu einem erheblichen Teil nur leichtere Arbeiten verrichten konnten. Sie verfügten nach Kriegsdienstleistung und längerer Kriegsgefangenschaft oft auch nicht mehr über ausreichende Berufskennnisse.

Bei den Flüchtlingen war deren Umsiedlung das beherrschende Thema: So gingen zum Beispiel im Juni 1952 172 umsiedlungswillige Heimatvertriebene von Oberammergau nach Württemberg–Hohenzollern. Im April 1951 ließen sich, nachdem eine US–Auswanderungskommission den Bezirk bereit hatte, insgesamt 3088 Personen zur Auswanderung registrieren. Im November wanderten tatsächlich 450 nach Amerika aus.

Im polizeilichen Teil seines Berichts wies Kneuer nun regelmäßig eine Rubrik »Sicherheitsstörungen durch Angehörige der Besatzungsmacht« separat aus, die von Wilderei bis Mord gingen und in den fünfziger Jahren einen Höhepunkt erreichten.<sup>19</sup> Auch die »ostzonale« Propaganda (»Volksbefragung gegen die Remilitarisierung«) und ganz besonders die in jenen Jahren einsetzenden »Pilgerströme« zum Obersalzberg beschäftigten die Regierung.<sup>20</sup> Kneuers Behörde wies das zuständige Landratsamt unverzüglich an, dort Fremdenführungen polizeilich zu verhindern. Anfang August 1951 informierte sich die Staatsregierung bei einem Ortstermin über die Situation.

### Repräsentationspflichten

Natürlich prägten auch vielfältige Repräsentationsaufgaben Kneuers Dienstatag an der Spitze der Regierung wie zum Beispiel 1951 die Eröffnung einer Kreisblumenschau in Starnberg. Höhepunkte waren etwa der Besuch des Königssees durch Bundeskanzler Konrad Adenauer, der zum Landesparteitag der CSU im Juni 1951 nach Bad Reichenhall gekommen war, oder die Teilnahme des Regierungspräsidenten neben Innenminister Hoegner an den Feierlichkeiten zur 1200-Jahr-Feier Altöttings. Als Vertreter der Staatsregierung nahm der ehemalige Dachauer Landrat ferner am 17. September 1951 am Richtfest der Gedächtnishalle auf dem Leitenberg bei Dachau<sup>21</sup> teil. Auf besonderen Wunsch von Ministerpräsident Hans Ehard, der den Fortgang der Bauarbeiten persönlich verfolgte, seit die Militärregierung 1949 die Staatsregierung wegen der mangelhaften Betreuung der dortigen KZ–Gräber scharf kritisiert hatte,<sup>22</sup> fertigte Kneuer darüber einen ausführlichen Bericht für den Regierungschef.<sup>23</sup>

Mit Befriedigung konstatierte der Regierungspräsident 1951 die Wiederaufnahme der »altherkömmlichen« österlichen Feiern, unter anderem der Pferdeumritte im Oberland, die unmittelbar nach Kriegsende teilweise unterblieben waren, weil die Militärregierung sie nicht zugelassen hatte. Wenn er daraus den Schluss zog, die intensive Beteiligung daran zeige,

dass »die Landbevölkerung am alten Volksbrauchtum festhalten will«, so ist dies auch ein Beleg für seine weltanschauliche Position und den Wunsch, zu Verhältnissen zurückzukehren, wie sie vor dem Nationalsozialismus in Oberbayern geherrscht hatten.

### Fremdenverkehr

Interessante Beobachtungen enthielt sein Bericht vom Juli 1951 zum Aufschwung im Bereich des Fremdenverkehrs: »Dem Augenschein nach bietet der Strom der Fremden in diesem Jahr ein Bild gesteigerten Lebens, das sich in Schwärmen von Ausflüglern mit und ohne Auto, in Sonderzügen, in allen möglichen Veranstaltungen vom Seefest bis zum Tennisturnier zeigt, ja, das in einem noch nie gesehenen Maße überschäumt.« An diese zumindest zwischen den Zeilen kulturkritische Schilderung, er hatte schon früher den »Verkehrsluxus« negativ beurteilt,<sup>24</sup> schloss sich eine skeptische Beurteilung der finanziellen Fundierung dieser Belebung des oberbayerischen Tourismus an. So sei zu beobachten, dass die Gäste nur kurz übernachteten, teure Hotels würden nur in geringem Maße in Anspruch genommen.

### Politisches Interesse

Unter der Rubrik »Politische Tätigkeit, besondere Vorkommnisse und Stimmung der Bevölkerung« berichtete er vom Desinteresse der Jugend an Politik sowie immer wieder vom geringen politischen Interesse der Bevölkerung insgesamt, das sich ganz auf die wirtschaftliche Seite verlagere, insbesondere nannte er die Preiserhöhungen infolge des Koreakrieges. 1952 fand dann allerdings die Frage eines deutschen Wehrbeitrages doch das Interesse der oberbayerischen Bevölkerung. Im Februar 1952 hielt Kneuer fest, nach ihm zugegangenen Berichten der Landratsämter lehne die Mehrheit die Wiederaufrüstung ab. Einen Schwerpunkt der Arbeit und der Berichterstattung bildeten schließlich die Kommunalwahlen, die am 30. März 1952 stattfanden. Dabei enthält der Märzbericht des Regierungspräsidenten unterschwellig Kritik an der auf die amerikanische Besatzungsmacht zurückgehenden Einführung der Wahl der Landräte, die sich nicht bewährt habe.

### Ruhestand in Dachau

Mit Ablauf des Monats Juli 1952, in dem Kneuer das 65. Lebensjahr vollendete, trat er nach knapp anderthalb Jahren an der Spitze der Regierung in den Ruhestand. Innenminister Wilhelm Hoegner dankte ihm für über 40 Jahre im Dienste des Bayerischen Staates. Als der Pensionist 1959 verstarb und am 22. April auf dem Alten Friedhof in Dachau, am Ort der ersten bedeutenden Station seiner dienstlichen Laufbahn, beigesetzt wurde,<sup>25</sup> nahmen Staatssekretär Heinrich Junker, von 1947 bis 1957 sein Nachfolger als Dachauer Landrat, Regierungspräsident Anton Mang, Bürgermeister Hans Zauner und Landrat Josef Schwalber an der Beisetzung teil.

### Anmerkungen:

<sup>1</sup> Das Lebensbild Kneuers ist zuerst erschienen in: Die Regierungspräsidenten von Oberbayern im 19. und 20. Jahrhundert. Hrsg. von Stephan Deutinger/Karl-Ulrich Gelberg und Michael Stephan. München 2005. München <sup>2</sup>2010, S. 276–287.

<sup>2</sup> Walter Ziegler: Einleitung. In: Die Regierungspräsidenten, S. 1–13, hier S. 7 ff. – Anregend ist ferner Rainer Scharf: Staatsdiener auf Außenposten. Die höheren Beamten der inneren Verwaltung in der Bayerischen Pfalz 1870–1918 (Schriftenreihe zur bayerischen Landesgeschichte 129). München 2001.

<sup>3</sup> Würzburg 1920.

<sup>4</sup> Die Glonnregulierung, Amper–Bote 21. 6. 1924.

<sup>5</sup> Handbuch des bayerischen Verwaltungsrechts. A. Allgemeiner Teil (Grundbegriffe, Verwaltungsrechtsschutz, Polizei, Allg. Enteignungsrecht). Leipzig 1928. C. Das bayerische Gemeinde- und Stiftungsrecht. Leipzig 1930.

- <sup>6</sup> Die Reichstagswahlen vom 14. September 1930 in Bayern. In: Zeitschrift des Bayerischen Statistischen Landesamts 63 (1931), S. 51–94; Die Reichstagswahlen vom 31. Juli 1932 in Bayern. In: a. a. O. 64 (1932), S. 425–472; Die Reichstagswahl vom 6. November 1932 in Bayern. In: a. a. O. 65 (1933), S. 62–104.
- <sup>7</sup> BayHStA, MlNn 84100, Kneuer an MinDirig Hans Ritter von Lex, 9. 3. 1948.
- <sup>8</sup> 1939 wurden die Bezirke in Bayern in Landkreise umbenannt, die Bezirksamt-männer in Landräte.
- <sup>9</sup> Erich Schullze: Gesetz zur Befreiung von Nationalsozialismus und Militarismus mit den Ausführungsbestimmungen und Formularen. München 1946, S. 57.
- <sup>10</sup> StAM, SpkA K 3594 (Heinrich Kneuer).
- <sup>11</sup> Andreas Salomon: »Ich bin zwar klein, aber mächtig«. Georg Frasch. Kolbermoorer NSDAP-Ortsgruppenleiter 1934–1945. In: Jahrbuch der Geschichte Kolbermoors 2 (2004), S. 173–198.
- <sup>12</sup> BayHStA, MF 69390 und MlNn 84100.
- <sup>13</sup> Peter Bucher (Bearb.): Der Parlamentarische Rat. Band 2: Der Verfassungskonvent auf Herrenchiemsee. München 1981.
- <sup>14</sup> BayHStA, MlNn 84100.
- <sup>15</sup> Karl-Ulrich Gelberg (Bearb.): Das Kabinett Ehard II 20. September 1947 bis 18. Dezember 1950. Band 2 5. 1. 1949–29. 12. 1949. Hrsg. von der Historischen Kommission bei der Bayerischen Akademie der Wissenschaften und der Generaldirektion der Staatlichen Archive Bayerns. München 2005, Nr. 70 TOP XIV.
- <sup>16</sup> BayHStA, StK 11534. Vgl. Oliver Braun (Bearb.): Das Kabinett Ehard III 18. Dezember 1950 bis 14. Dezember 1954. Band 1: 20. 12. 1950–28. 12. 1951. Hrsg. von der Historischen Kommission bei der Bayerischen Akademie der Wissenschaften und der Generaldirektion der Staatlichen Archive Bayerns (erscheint 2012), Nr. 13 TOP V.
- <sup>17</sup> BayHStA, MF 70626 (Monatsberichte der Regierung von Oberbayern 1951), MF 70627 (Monatsberichte der Regierung von Oberbayern 1952).
- <sup>18</sup> BayHStA, MF 70627, z. B. Bericht vom 31. 5. 1952.
- <sup>19</sup> Gerhard Fürmetz: »Betrifft: Sicherheitszustand«, Kriminalitätswahrnehmung und Stimmungsanalysen in den Monatsberichten der bayerischen Landpolizei nach 1945. In: 1999. Zeitschrift für Sozialgeschichte des 20. und 21. Jahrhunderts 12 (1997) H.3, S. 39–54.

- <sup>20</sup> Albert A. Feiber: Der lange Schatten Adolf Hitlers. Der Obersalzberg 1945–2005. In: Volker Dahm/Albert A. Feiber/Hartmut Mehringer/Horst Möller (Hrsg.): Die tödliche Utopie. Bilder, Texte, Dokumente, Daten zum Dritten Reich. München 2008, S. 671–706. Das Thema beschäftigte 1951 auch die Bayerische Staatsregierung intensiv, vgl. Braun (wie Anm. 16), Nr. 35 TOP II, Nr. 36 TOP IV, Nr. 40 TOP V, Nr. 46 TOP IX, Nr. 47 TOP XVI, Nr. 52 TOP V, Nr. 56 TOP V, Nr. 57 TOP XXIII, Nr. 59 TOP IX, Nr. 67 TOP XI, Nr. 74 TOP V.
- <sup>21</sup> Vgl. Harold Maruse: Das ehemalige Konzentrationslager Dachau. Der mühevollen Weg zur Gedenkstätte 1945–1958. In: Dachauer Hefte 6 (1990), S. 182–205.
- <sup>22</sup> Vgl. Karl-Ulrich Gelberg (Bearb.): Das Kabinett Ehard II 20. September 1947 bis 18. Dezember 1950. Band 2 5. 1. 1949–29. 12. 1949. Hrsg. von der Historischen Kommission bei der Bayerischen Akademie der Wissenschaften und der Generaldirektion der Staatlichen Archive Bayerns. München 2005, Nr. 86 TOP VI und Nr. 87 TOP XII; zum Fortgang Oliver Braun (Bearb.): Das Kabinett Ehard II 20. September 1947 bis 18. Dezember 1950. Band 3 5. 1. 1950–18. 12. 1950. Hrsg. von der Historischen Kommission bei der Bayerischen Akademie der Wissenschaften und der Generaldirektion der Staatlichen Archive Bayerns. München 2010, Nr. 95 TOP VII, Nr. 96 TOP I, Nr. 101 TOP IV, Nr. 103 TOP VIII, Nr. 104 TOP VIII u. X, Nr. 113 TOP XII, Nr. 127 TOP IX und Nr. 128 TOP XV.
- <sup>23</sup> BayHStA, StK 13628, Kneuer an Ehard, 26. 9. 1951.
- <sup>24</sup> In dieser Zeit nehmen auch die Unfallzahlen stark zu; vgl. Gerhard Fürmetz: »Kampf um den Straßenfrieden«. Polizei und Verkehrsdisziplin in Bayern zwischen Kriegsende und beginnender Massenmotorisierung. In: Ders./Herbert Reinke, Klaus Weinhauer (Hrsg.): Nachkriegspolizei. Sicherheit in Ost- und Westdeutschland 1945–1969. Hamburg 2001, S. 199–228.
- <sup>25</sup> Vgl. Dachauer Nachrichten: »Regierungspräsident a. D. Kneuer gestorben« vom 20. 4. 1959 und »Ein Mann voll Mut und Gerechtigkeit« vom 23. 4. 1959.

Anschrift des Verfassers:

Dr. Karl-Ulrich Gelberg, Alfons-Goppel-Straße 11, 80539 München

## Heimatspflege im Landkreis Dachau

Dr. phil. Birgitta Unger-Richter M. A. zur Kreisheimatpflegerin berufen

Von Wilhelm Liebhart

Zum 1. April 2012 wurde die Kunsthistorikerin Dr. phil. Birgitta Beate Unger-Richter M. A. zur Kreisheimatpflegerin im Landkreis Dachau berufen.<sup>1</sup> Sie trat die Nachfolge des Theologen und Historikers Dr. Norbert Göttler<sup>2</sup> an, der seit 1. Januar 2012 als Bezirksheimatpfleger von Oberbayern<sup>3</sup> wirkt. Die neue Heimatspflegerin wurde aus 17 Bewerbern ausgewählt. Dass man nicht im Landkreis geboren sein muss wie ihr Vorgänger, um Dachauer Kreisheimatpfleger werden zu können, zeigt ihr bisheriger Lebensweg.

### Lebensweg

Geboren 1962 in Schwenningen am Neckar kann und will die Württembergerin ihre schwäbische Abstammung nicht verleugnen. Nach dem Abitur (1981) besuchte sie 1981/1982 zunächst die Pädagogische Hochschule Schwäbisch Gmünd, um dann von 1982 bis 1993 an der LMU München Kunstgeschichte, Byzantinische Kunstgeschichte und Neuere Deutsche Literatur zu studieren. Nach dem Magister Artium (1989) schloss sie 1993 das Studium mit der Promotion zum Dr. phil. ab. Das Thema ihrer Dissertation war der Maler und Bildhauer »Walter von Ruckteschell 1882–1941«, der seit 1922 in Dachau lebte und im Kriegseinsatz ums Leben kam.

### Dachau

Von 1992 bis 2004 war sie kontinuierlich als wissenschaftliche Mitarbeiterin bei den Dachauer Museen und Galerien tätig, deren Träger ein vom Landkreis und der Großen Kreisstadt Dachau getragener Zweckverband ist. 1994/1995 vertrat sie die damalige Kreisheimatpflegerin, die Volkskundlerin Ursula K. Nauderer M. A., während deren Mutterschaft. Die neue Kreisheimatpflegerin ist verheiratet und Mutter zweier Kinder.



Dr. phil. Birgitta Unger-Richter M. A.

Foto: B. Schäfer